

„Bildung und soziale Teilhabe werden verwehrt“

Attac-Kongress zum Thema Kinderarmut im Tollhaus / Plädoyer für eine Bürgerversicherung

mis. Eine Zahnsperre oder ein aufregender Landschulheimaufenthalt in einem anderen Land – „Kinder, die in Armut leben, müssen oft auf solche Dinge verzichten“, sagte Lissi Hohnerlein von Sozpädal. Anlass war der Kongress „Deutschland – ein (a)sozialer Rechtsstaat?“ am Samstag im Tollhaus. Die Karlsruher Attac-Arbeitsgemeinschaft „Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit“ wollte mit dieser eintägigen Veranstaltung die Öffentlichkeit auf die Ursachen und Auswirkungen von Armut und Benachteiligung aufmerksam machen. Und auch mögliche Gegenstrategien entwickeln. Hierzu referierten der Experte für Wirtschaftskriminalität, Werner Rügemer, sowie die Professorin von der Uni Darmstadt, Anne Lenze. Außerdem sorgte am Samstagabend die Nina-Hagen-Tribute-Band mit ihren Songs für 70er-Jahre- Atmosphäre.

„Alle reden von Kinderarmut – was wird dagegen getan?“, fragte Georg Rammer von Attac Karlsruhe. Bundesweit wachsen seinen Angaben nach drei Millionen Kinder und Jugendliche unter Bedingungen auf, die sie in ihrer Entwicklung massiv beeinträchtigen. „Dadurch werden sie krank, und ihnen wird so auch die Chance auf Bildung und soziale Teilhabe verwehrt“, sagte das Attac-Mitglied.

Das Fatale an der momentanen bundesweiten Entwicklung: „Die Zahl der Kinder, die in Armut leben, verdoppelt sich inzwischen alle

zehn Jahre“, so Rammer. In Karlsruhe seien danach mittlerweile rund 6 000 Jungen und Mädchen unter 16 Jahren von Armut betroffen, schätzt Hohnerlein. Durch Hartz IV habe sich die Situation deutlich verschlechtert.

„Doch was tut nun der Staat?“, fragte Rammer ein wenig provokativ. Statt Kindern und Jugendlichen unter der Armutsgrenze zu helfen, spanne die Bundesregierung Milliarden-Schutzschirme für Banken auf, beklagte der

Viele Familien leiden unter verdeckter Armut

Diplompsychologe, der 35 Jahre lang in der Kinder- und Jugendhilfe tätig war. „Es werden Gesetze verabschiedet, die nur Konzerne und Reiche begünstigen, aber einen wachsenden Teil der Bevölkerung verarmen lassen“, kritisierte Rammer.

So werde die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer, befürchtet der Psychologe. „Diese Entwicklung zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt, unterhöhlt die Demokratie – und sie ist verfassungswidrig.“ Denn: Grundgesetzlich garantierte Rechte und Freiheiten müssten real und nicht nur auf dem Papier für alle Menschen gelten.

Attac-Karlsruhe fordere deshalb, dass der soziale Rechtsstaat auch verwirklicht werde, sagte Rammer. Konkret: „Es genügt nicht, wohlklingende Erklärungen abzugeben und Almosen zu verteilen“, findet er. Vielmehr müssten beispielsweise Steuergesetze, die Finanz- und Arbeitsmarktpolitik darauf ausgerichtet sein, dass Armut und die Kluft zwischen Arm und Reich beseitigt werden könne.

Dabei sei nicht allein Arbeitslosigkeit die Ursache, dass immer mehr Menschen in Armut leben, so der Referent Werner Rügemer. Die Agenda 2010 habe dazu beigetragen, dass es eine staatlich geförderte und geregelte Armut in der Bevölkerung gebe. Die unbefristete Leiharbeit sei hierfür ein Beispiel. „So gibt es immer mehr Menschen, denen ihr Einkommen nicht zum Leben ausreicht“, weiß der Referent. Durch diese Entwicklung sei die Dunkelziffer der Familien, die in Armut leben, hoch, sagte Hohnerlein von Sozpädal. Die Kinder dieser sogenannten „working poor“ tauchten in keiner Statistik auf.

Um die Situation für Kinder in Armut ein wenig zu entschärfen, plädiert Anne Lenze deshalb für die Einführung einer Bürgerversicherung. „Im Gegensatz zu der Kopfpauschale würden dann alle Einkommensklassen in die Sozialversicherungssysteme einbezahlt“, betonte sie. „Und dies würde zum sozialen Frieden beitragen.“

BNN 11.1.2010